

MRZ 26.7.2008

## Mainz als Vorreiter gegen Kohlekraft

Rechtsgutachten im Auftrag der Deutschen Umwelthilfe stützt Stadtrat

**Wie können Kommunalparlamente ein ungewolltes Kohlekraftwerk verhindern? Dieser Frage ist die Deutsche Umwelthilfe nachgegangen. Das Ergebnis wurde nicht zufällig in Mainz vorgestellt.**

MAINZ. Ein Gutachten des Hamburger Rechtsprofessors Martin Wickel stützt die Stadtratsmehrheit beim Versuch, das geplante Kohlekraftwerk mit Hilfe eines Bebauungsplans zu verhindern. Rainer Baake, Bundesgeschäftsführer der Deutschen Umwelthilfe, sieht Mainz in dieser Frage sogar bundesweit als „Vorreiter“. Baake stellte das Gutachten am Freitag zusammen mit Christof van den Bruck von der Bürgerinitiative Kohlefreies Mainz (KoMa) vor.

Die Deutsche Umwelthilfe hatte das Gutachten mit Blick auf bundesweit derzeit 26 geplante oder in Bau befindliche Kohlemeiler in Auftrag gegeben. Deren Ausstoß an klimaschädlichem CO<sub>2</sub> würde laut Baake höher liegen als die Emissionen sämtlicher Pkw, Lkw und Flugzeuge im Land zusammen. Dies sei mit den Klimazielen der Bundesregierung unvereinbar.

An den geplanten Standorten hat Baake vor Ort indes die fehlende politische Verantwortung

festgestellt: Viele Kommunalpolitiker sehen keine Chance, das Kohlekraftwerk zu verhindern, da die Aufsichtsbehörde den Meiler bei Einhaltung aller Grenzwerte nach Bundes-Immissionsgesetz sogar genehmigen muss.

Das Gutachten zeigt nun den Weg auf, der in Mainz bereits gegangen wird: Die kommunalen Parlamente können Kraftwerksvorhaben demnach über die Bauleitplanung stoppen, wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind. Die Kernpunkte:

● Allgemeine Klimaziele genügen nicht. Vielmehr müssen Bebauungspläne städtebaulich begründet sein.

● Dabei können allerdings Erfordernisse des Natur-, Umwelt- und Gesundheitsschutzes eine Rolle spielen.

● Es können Stadtgebiete festgelegt werden, in denen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen bestimmte Stoffe nur eingeschränkt verwendet werden können – beispielsweise Kohle zur Energiegewinnung.

● Der Erlass einer Veränderungssperre ist möglich.

● Ob das Genehmigungsverfahren bereits läuft, ist nicht maßgeblich.

● Bebauungsplan und Veränderungssperre verhindern eine Genehmigung.

● Schadensersatzansprüche sind nicht ausgeschlossen.

KoMa-Vertreter van den Bruck, aber auch die anwesenden Stadträte Susanne Stenner (CDU) und Tabea Rößner (Grüne) fühlen sich in ihrem Handeln bestätigt – zumal auch Baake Gaskraftwerke als realistische Alternative anführte.

Aus Sicht der Stadtverwaltung liefert das Gutachten indes „keine relevanten neuen Erkenntnisse“, da Prof. Wickel nicht konkret auf den Fall Mainz eingegangen ist. Das Gutachten werde an die Kölner Kanzlei weitergegeben und dort eventuell in das Gutachten im Auftrag der Stadt eingearbeitet. (jok)

### FDP fährt nach Berlin

MAINZ. Über Umweltverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit von Kohlekraftwerken informiert sich die FDP-Stadtratsfraktion nächste Woche zwei Tage lang in Berlin im Wirtschafts- und Umweltministerium. Zudem ist der Besuch eines Kohlekraftwerks mit CO<sub>2</sub>-Abscheider in Jänschwalde in der Lausitz geplant.